

Bericht der Kommission für Volksanregungen und Petitionen betr. Petition für eine "sichere Baustellenerschliessung Bosenhalde"

1. Petition

Am 1. April 2011 wurde die Petition für eine "sichere Baustellenerschliessung Bosenhalde" mit rund 750 Unterschriften eingereicht. Die Unterzeichnenden sehen in der geplanten Verkehrserschliessung der Bosenhaldenbaustelle auf Grund der engen und teilweise unübersichtlichen Strassenverhältnisse eine tägliche Gefahr. Deshalb verlangen die Unterzeichnenden

"von der Gemeinde und den zuständigen kantonalen Bewilligungsbehörden eine sichere Baustellenerschliessung, die nicht vollständig zu Lasten der Schulhäuser, des Kindergartens und einer einzigen Quartierstrasse geht."

2. Anhörung und gemeinsame Diskussion der involvierten Parteien

Die Kommission hat sich an einer Sitzung vom 13. April 2011 mit den Anliegen der Petent/innen auseinander gesetzt. Zur Meinungsbildung trugen die folgenden Personen bei:

- Vertreter/innen der Petition
- Thomas Meyer, zuständiger Gemeinderat

Die Petent/innen wurden darauf aufmerksam gemacht, dass die Frage der Zuständigkeit für die Kommission noch nicht diskutiert sei, zumal sich die Petition an den Grossen Rat, Regierungsrat, Gemeinderat und Einwohnerrat richte.

Die Briefe, welche nach der Anhörung zum gleichen Thema von Anwohnern der Inzlingerstrasse resp. der Petent/innen (beide s. Anhang) bei der Gemeinde eingegangen sind, wurden in der Kommission nicht besprochen.

2.1 Argumente und Vorschläge der Petent/innen

Die Petenten erläutern die Ausgangslage. Neben der rechtlichen Schiene (Einsprachen gegen das Baubegehren bzw. die Baustellenerschliessung) beschreite man mit der Petition bewusst auch den politischen Weg. Man sei sich bewusst, dass die Baustelle Bosenhalde das Quartier für Jahre belasten werde. Umso wichtiger sei es, die bestmögliche Baustellenerschliessung zu wählen. Dabei stehe die Sicherheit der Kinder der drei Schulstandorte Hinter Gärten (Schule und Kindergarten) und Steingruben im Vordergrund. Auch die weiteren Fussgänger/innen und Velofahrer/innen sollen den bestmöglichen Schutz geniessen und die gesamte Quartierbevölkerung soll möglichst wenig belastet werden. Elternrat, Schulrat, Schulleitung und Quartierverein hätten über 800 Unterschriften gesammelt. Mit der Informa-



tionspolitik der Gemeinde sei man unzufrieden und die vorgeschlagenen Lösungen überzeugen nicht. Kritisiert wird auch der Zeitpunkt der Publikation im Kantonsblatt (während den Sommerferien).

Erschreckend sei die angekündigte Zahl der vielen LKW-Fahrten zu und von der Baustelle. Diese seien sogar zu gering ausgewiesen, da die Fahrten aller Handwerker nicht miteinberechnet worden wären.

Auf die Frage, ob aus dem Quartier bessere Vorschläge zur Baustellenerschliessung kommen, meinen die Petenten, dass es an der Gemeinde sei, Alternativen aufzuzeigen. Denkbar sei aber beispielsweise eine Zufahrt über Inzlingerstrasse/Hohlweg/Fuchsweg. Damit würden die Schulstandorte entlastet. Eine andere Variante wäre eine Zufahrt durch den Bäumliweg und von dort in den Steingrubenweg. Als dritte Möglichkeit käme auch ein Rundkurs in Frage.

2.2 Argumente und Vorschläge des Gemeinderats

Th. Meyer führt aus, dass die Petition im Gemeinderat noch nicht besprochen worden sei, aber zum Thema selbst schon viele Diskussionen stattgefunden hätten. Er stellt deshalb dar, wie sich der Sachverhalt aus seiner Sicht präsentiert:

Die Orientierung der Öffentlichkeit sei nicht allein Aufgabe der Gemeinde. Mit den wichtigen Institutionen (Schulleitung Hinter Gärten, Schulrat und Quartierverein), welche im Quartier ein Gewicht haben, habe man Gespräche geführt. Deren Anliegen seien teilweise in die nun vorliegende Erschliessungslösung eingeflossen. Die Institutionen hätten es aber verpasst, ihre Informationen mit der Bevölkerung vor Ort zu teilen. Nun machen diese das Informationsdefizit der Bevölkerung dem Gemeinderat zum Vorwurf. Kommt dazu, dass aktuell eigentlich gar nicht informiert werden kann, weil eine grosse Zahl von Einsprachen hängig sei, die vom Bauinspektorat zuerst bearbeitet werden müssen.

Weiter wird Th. Meyer den Eindruck nicht los, dass die Quartierbewohner/innen die Sicherheit der Schulkinder bloss vorschieben würden. Zudem sei die Zahl von 100'000 LKW-Fahrten völlig übertrieben. Man habe einfach die maximal zu erwartende Zahl von LKW-Fahrten, welche vielleicht während 20-25 Wochen zu erwarten sind, auf die ganze Bauzeit hochgerechnet, was aber nicht richtig sei.

Die vorgeschlagene Erschliessungslösung verteidigt er mit dem Hinweis darauf, dass rund 85% der Schulkinder die Inzlingerstrasse überqueren müssen, aber nur eine Minderheit den Steingrubenweg. Dies erklärt, weshalb man den Baustellenverkehr nicht auf die Inzlingerstrasse verlagern könne. Der Bosenhaldenweg könne auch nicht benutzt werden (schmal, steil, unübersichtlich) und der Hohlweg stehe unter Natur- und Denkmalschutz. Der Steingrubenweg verfüge zudem über ein beidseitiges Trottoir und zusätzliche Sicherheitsmassnahmen wie Zebrastreifen, Absperrgitter, Lotsen und Stoppsignal würden eingerichtet. Abschliessend macht Th. Meyer einen Vergleich zur Überbauung des Hupferareals. Dieses habe ein ähnliches Bauvolumen gehabt und ebenfalls mehrere Schulstandorte in unmittelbarer Nähe. Es sei zu keinen Reklamationen und Problemen gekommen. Was man nun in Sachen Bosenhalde alles unternehme, suche schweizweit seinesgleichen.



3. Kommissionsberatung

Die Kommission zeigt mehrheitlich Verständnis für die Anliegen der Petent/innen, eine Optimierung und Verteilung des Verkehrsaufkommens auf verschiedene Strassen und eine Verbesserung der Sicherheitsmassnahmen zu erreichen.

Aus den Ausführungen zu den drei von den Petent/innen vorgeschlagenen Varianten von Th. Meyer sieht die Kommission aber auch, dass der Gemeinderat bereits viel unternommen hat, um ein Optimum zu erreichen. Die Ausführungen von Th. Meyer betreffend die Verkehrsführung und Massnahmen sind für die Kommission verständlich und nachvollziehbar. Ein Kommissionsmitglied legt Wert darauf, dass die Variante Hohlweg explizit geprüft wird, da die Belastung für den Steingrubenweg über Jahre zu gross sei. Da es Sache des Gemeinderats ist, die Angelegenheit zu regeln und eventuelle Nachbesserungen anzubringen (u.a. im Rahmen des Baurekursverfahrens), unterbreitet die Kommission aber keine zusätzlichen Vorschläge.

Der Bericht zuhanden des Einwohnerrats soll aber dazu beitragen, dass die Informationen öffentlich werden. Einen Schwerpunkt sieht sie in der Kommunikation, die im Rahmen eines solchen Bauvorhabens sehr wichtig sei.

Die zusätzlich eingegangenen Briefe, weitere inoffizielle Gespräche auf der Strasse sowie Artikel in der Zeitung unterstreichen die Wichtigkeit einer verstärkten Kommunikation zwischen der Anwohnerschaft, Bevölkerung und Gemeinde.

4. Anträge

Die Kommission stellt dem Einwohnerrat den Antrag, den nachfolgenden Beschlüssen zuzustimmen:

1. Die Petition wird seitens des Einwohnerrats als erledigt betrachtet.
2. Dieser Bericht und die Beschlüsse des Einwohnerrats sind den Erstunterzeichnenden der Petition zur Kenntnis zu bringen.

Riehen, 4. August 2011

Für die Kommission für Volksanregungen und Petitionen

Marianne Hazenkamp, Präsidentin

Beilagen:

- Petition
- Brief 4.5.2011
- Brief 12.5.2011